

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 33 (1992)  
**Heft:** 22

**Artikel:** Ist das die Alternative? : Arkadij Wolskij und sein "Bund der Industriellen und Unternehmer Russlands"  
**Autor:** Bruderer, Georg  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1093205>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Arkadij Wolskij und sein «Bund der Industriellen und Unternehmer Russlands»

Ist das die Alternative?

Bei unseren kürzlich in Moskau geführten Gesprächen mit Politikern, Zeitungsredaktoren und politisch interessierten «Durchschnittsbürgern» wurde scharfe Kritik an der Regierung Gaidars und an Präsident Jelzin geübt wegen der zunehmenden wirtschaftlichen Misere, wegen des administrativen Durcheinanders, wegen der ungenügenden und langsamen Reformen sowie wegen des Nachgebens gegenüber dem Druck der alten Nomenklatura.

Gleichzeitig haben aber alle Gesprächspartner festgestellt, dass trotz allem die gegenwärtige Regierung unterstützt werden muss, weil es keine Alternative gibt beziehungsweise weil die von Altkommunisten und Radikalpatrioten anvisierte Rückkehr zur früheren Friedhofsordnung keine annehmbare Alternative wäre. Im Verlauf der Gespräche kamen praktisch alle auf Arkadij Wolskij zu sprechen, und viele bezeichneten ihn als eine politisch wichtige Figur auf der Kremlbühne.

Wer ist Arkadij Wolskij und was will er? Diese Fragen versuchen wir im folgenden zu beantworten.

**Berufs- und Parteikarriere**

In eine Lehrerfamilie geboren, verbrachte Arkadij Wolskij seine Jugendjahre in einem Kinderheim, weil der Vater an der Front und war die Mutter im Untergrund. 1955 absolvierte er das Moskauer Stahlinstitut und arbeitete dann bis 1969 im Automobilwerk ZIL als Meister, Ingenieur, Chef der Giessereiabteilung und Parteisekretär dieser Fabrik. 1969 bis 1988 war Wolskij Mitarbeiter in der Abteilung für Maschinenbau des Zentralkomitees der Partei und zeitweise Assistent des Generalsekretärs der Partei. Seit 1986 war Arkadij Wolskij ZK-Mitglied. 1988 ernannte ihn Gorbatschow zum Vizepräsident der Krisenregion Berg-Karabach, wo er sich, ohne etwas zu erreichen, bis 1990 aufhielt. 1990 wurde Wolskij Präsident des Wissenschaftlich-Industriellen Bundes der Sowjetunion. Seit Januar 1992 ist er Präsident des «Bundes der Industriellen und Unternehmer Russlands».

**Zusammenschluss der konstruktiven Opposition**

Am 30. Mai 1992 gründete Arkadij Wolskij, der weiterhin Präsident des angesehenen und einflussreichen «Bundes der Industriellen und Unternehmer Russlands» bleibt, zusammen mit seinem Vizepräsidenten, Alexandr Wladislawlew, eine neue Partei, den «Allrussischen Bund — Erneuerung». Diese Partei mit einer gemässigt reformerischen Orientierung betrachtete die Verstärkung des staatlichen Einflusses in der Volkswirtschaft als dringend notwendig, um den Rückgang der Produktion aufzuhalten. Sie stützte sich vor allem auf die Leiter der lokalen Administration und der grossen Industriebetriebe.

Am 21. Juni 1992 wurde auf Initiative dieser Partei zusammen mit den grossen politischen Organisationen «Demokratische Partei Russlands» (Präsident: Mikolaj Trawkin) und «Volkspartei Freies Russland» (Präsident: Alexandr Ruzkoj) eine Zentrum-Rechts-Koalition namens «Bürgerunion» gegründet. Diese Koalition steht in keiner offenen Opposition zu Jelzin und Gaidar, übt aber, wie sie betont, konstruktive Kritik an den Wirtschaftsreformen, die sie als zu rasch bezeichnet, und empfiehlt eine gemässigte Art des Übergangs zur Marktwirtschaft, die an sich durchaus befürwortet wird.

Wolskij selbst hat wiederholt unterstrichen, dass er und seine Bewegung kein alternatives Reformprogramm haben, aber die Wirtschaftspolitik korrigieren möchten. Er befürchtet, dass die Entwicklung in Russland einen anderen Weg gehen könnte, als die Regierung vorsieht, und dass anstelle der Stabilisierung ein wirtschaftlicher Kollaps eintreten könnte.

**Wolskij's Korrekturen**

Die Korrekturen am Reformprozess der Regierung, die Wolskij als einen «Plan für kurzfristige und strategische Massnahmen» bezeichnet, sind in Wirklichkeit ein eigentliches Programm und bestehen aus 13 Punkten:



Alexandr Wolskij

1. Der Übergang zur Marktwirtschaft ist kein Ziel, sondern ein Mittel, um mit Hilfe der freien Marktwirtschaft «das arme Russland ohne Reiche in ein reiches Russland ohne Arme» zu verwandeln. Die Voraussetzung dazu ist die Minimierung der sozialen Nachteile der Reformen.
2. Nicht ein neues Modell, sondern Korrekturen der Reformen sind nötig. Die massiven Angriffe gegen das Reformprogramm Gaidars haben einen negativen Einfluss auf die Transformation der Planwirtschaft in die Marktwirtschaft. Es braucht Korrekturen im Bereich der Gesetzgebung: Es fehlen Gesetze über Bodeneigentum und zur Stimulierung des Unternehmertums.
3. Der Umbau der Wirtschaft muss auf zwei Grundsätzen beruhen: a) Die makroökonomischen Veränderungen müssen mit den Prozessen in den Betrieben (mikroökonomischer Bereich) organisch zusammenwirken. b) Die Entwicklung der staatlichen und nichtstaatlichen Bereiche der Wirtschaft muss differenziert behandelt werden. Es braucht zwei Arten der Politik für die beiden Sektoren der Wirtschaft.
4. Im nichtstaatlichen Sektor der Volkswirtschaft muss die Bildung unternehmerischer Strukturen wesentlich mehr gefördert werden.
5. Der weitere Niedergang der Volkswirtschaft kann nur durch ein vernünftiges Zusammenwirken der staatlichen Regulierung wichtigster

Wirtschaftsbereiche mit der weitgehenden Selbständigkeit und materiellem Interesse der Unternehmer aufgehalten werden. Das frühere Administrativ-Kommandosystem sollte durch ein staatlich reguliertes Wirtschaftssystem mit einem langsamen Übergang zur Marktwirtschaft ersetzt werden.

6. Die strategische Hauptaufgabe im staatlichen Sektor besteht in der Trennung des Finanzsystems des Staates von den Finanzen der Unternehmer.
7. Die gegenwärtige Orientierung auf die Rohstoffgewinnung auf Kosten der verarbeitenden Industriezweige führte dazu, dass Russland ein Rohstofflieferant der entwickelten Industrieländer ist. Es braucht strukturelle Korrekturen in der Wirtschaftspolitik: Förderung der hochentwickelten Technologien, Erhaltung des wissenschaftlichen und intellektuellen Potentials, staatliche Kontrolle bei der Konversion der Rüstungsbetriebe, Förderung der lebenswichtigen Bereiche Landwirtschaft, Transport, Kommunikation, Gesundheitswesen, Bildung.
8. Bei der Privatisierung sollte man von den kurzen Fristen für die Umwandlung grosser Betriebe in Aktiengesellschaften Abstand nehmen. Auch sollte der Anteil des Staatseigentums in der Wirtschaft nicht zum voraus bestimmt werden. Aus psychologisch-propagandistischen Gründen wäre eine Demonstration von «100 Musterbeispielen der Privatisierung» zweckmässig.
9. Der Prozess der Voucher-Abgabe sollte auf zwei bis drei Jahre ausgedehnt und die Möglichkeit ihrer Verwendung erweitert werden, beispielsweise zur Bezahlung wichtiger medizinischer Behandlungsarten.
10. In der Finanzpolitik ist die Vermeidung der Hyperinflation am wichtigsten. Zu diesem Zweck sollten die Preise für Energieträger, Transport und die wichtigsten Nahrungsmittel «eingefroren» werden.
11. Der Rückgang der Investitionen ist eine der gefährlichsten Auswirkungen der Krise. Als Mittel gegen

die Investitionskrise sollte auf staatlicher Ebene das Unternehmertum unterstützt und stimuliert werden, indem Massnahmen getroffen werden, welche die für die Bevölkerung zur Verfügung stehende Geldmenge fördert (Spezialkonten in den Sparkassen, Hypothekarbanken).

12. In der Übergangszeit muss die staatliche Verwaltung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts mit administrativen und gesetzgebenden Mitteln (Steuererleichterungen, Subventionen) gewährleistet werden.

13. Die unabdingbare Voraussetzung für das Überleben der Wirtschaft Russlands ist die Bildung eines einheitlichen Wirtschaftsraumes mit entsprechenden zwischenstaatlichen Strukturen.

## Einfluss im Parlament

Obschon die «Bürgerunion» keine eigenen Vertreter im Parlament hat, ist ihr Einfluss durch die Abgeordneten, Mitglieder ihrer Koalitionspartner und durch das Gewicht und enge Beziehungen zu den «Industriekapitänen» («Bund der Industriellen und Unternehmer Russlands») als Hausmacht Wolskij sehr gross. Dies um so mehr, als die Opposition jetzt immer mehr wegen komplizierter wirtschaftlicher Traktanden sich auf die wirtschaftliche Kompetenz stützt. Dieser Einfluss war kürzlich in den Äusserungen Jelzins und Gaidars sichtbar, als sie dabei gewisse Abstriche an ihrem Reformkurs ankündigten und fast wörtlich gewisse Thesen Wolskij wiederholten.

Die Zunahme der Bedeutung der neuen Koalition und der Unternehmerorganisation Wolskij läuft parallel (wahrscheinlich zum Teil gerade deswegen) mit dem Rückgang der früher mächtigen «Demokratischen Bewegung Russlands», die zusammen mit anderen Zentrumsparteien die Politik Jelzins vorbehaltlos unterstützte.

Durch seine engen Beziehungen zu den Leitern der Grossbetriebe, zu denen auch viele Rüstungsbetriebe



Alexandr Ruzkoj

gehören, hat Wolskij auch die grosse Zahl der Armeeführer in seinem Gefolge. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass er in letzter Zeit zwar nicht arrogant — im Gegenteil, er betont seine Loyalität gegenüber Jelzin und Gaidar — aber doch sehr selbstbewusst ist. Dies äussert sich in seiner ruhigen und offenen Redensart. Nicht jeder Politiker würde beispielsweise in einem Zeitungsinterview ausführen, dass, als er von einigen Presseorganen beschuldigt wurde, zusammen mit Schewardnadse und Jakowlew 200 Mia Dollar in die Schweiz verschoben zu haben, seine Tochter ihm gesagt habe: «Wenn die Zeitungen darüber schreiben, so hast Du wahrscheinlich die Parteigelder doch versteckt.» Darauf entschloss er sich, beim Generalstaatsanwalt eine Untersuchung einleiten zu lassen, die allerdings keine Anhaltspunkte für die angebliche Geldverschiebung feststellen konnte.

## Nicht nur Wirtschaftsstrukturen

Der «Bund Industrieller und Unternehmer Russlands» unterhält ein Experteninstitut, dessen Direktor Professor Jewgenij Jasin ist. Dieses Institut hat einen Bericht verfasst, mit dem Arkadij Wolskij und Jewgenij Jasin am 15. Oktober an einer Pressekonzferenz aufgetreten sind. Der Bericht beginnt mit der Wirtschaftsanalyse und einer Kritik am gegenwärtigen Wirtschaftskurs und schliesst mit einer allgemeinen Ana-



Nikolaj Trawkin

lyse der Regierungspolitik und namentlich der Staatsstruktur.

Es wird festgestellt, dass der Prozess der Dezentralisierung weiter geht und zum grossen Teil dadurch bestimmt wird, dass die Verantwortung für die Lebenssicherung der Gebiete und Republiken Russlands bei den Lokalbehörden liegt, die immer weniger auf das Zentrum angewiesen sind und immer mehr nach Selbständigkeit streben. Dieser Prozess wird nicht auf der Ebene der Regionen enden, und erst wenn die praktische Entschlussfassung das Niveau der einzelnen Unternehmen erreicht, werden die natürlichen rationalen Beziehungen horizontal zwischen den Regionen und vertikal zwischen den Gebieten und den Föderationsbehörden entstehen. Solange aber dies nicht erreicht ist, bleibt die Gefahr der weiteren Desintegration in Russland bestehen.

Wegen der grossen Unterschiede im sozio-ökonomischen Bereich der Regionen ist auch ihre Reaktion auf das Tempo und den Inhalt der Reformen sehr unterschiedlich. Die Föderationsbehörden berücksichtigen die Tatsache zu wenig, dass die Agrarregionen, die durchaus fähig sind, sich mit Nahrungsmitteln zu versorgen, weniger zu radikalen Reformen neigen und deshalb bei ihrer Bevölkerung noch «sozialistische» Interessen vorherrschen. Andererseits müssen die entwickelten Industrie-regionen sich den neuen Bedingun-

gen objektiv besser anpassen und sind deshalb gegenüber liberalen wirtschaftlichen Ideen empfindlicher. Die Nichtberücksichtigung der Unterschiede im Verhalten der Regionen führt unweigerlich zur Zerstörung der Staatlichkeit Russlands.

Daraus wurden im Bericht folgende fünf möglichen Varianten zur Lösung der aktuellen Gegensätze im Bereich der Staatsstruktur entwickelt:

1. Wiederherstellung eines unitären Staates unter Beibehaltung der äusseren Form einer Föderation;
2. Gründung einer «harten» Föderation;
3. Überführung der spontanen Prozesse der Dezentralisierung in eine «weiche» Föderation;
4. Konföderation;
5. Zerfall Russlands in selbständige Staaten.

Arkadij Wolskij bezeichnete die «harte» Föderation als am wünschbarsten, glaubt aber, dass die Bildung einer «weichen» Föderation wahrscheinlicher ist.

Dieser Ausbruch Wolskij's aus dem Problemkreis der Wirtschaftsreformen in den Bereich der Staatsstrukturpolitik beweist die Richtigkeit der Hinweise unserer Gesprächspartner in Moskau auf dessen mögliche wichtige Rolle in der Politik Russlands.

*Georg Bruderer*